Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3810**

16. Wahlperiode 13. 12. 2006

Antrag

der Abgeordneten Laurenz Meyer (Hamm), Erich G. Fritz, Veronika Bellmann, Alexander Dobrindt, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Dr. Michael Fuchs, Dr. Reinhard Göhner, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Klaus Hofbauer, Hartmut Koschyk, Dr. Martina Krogmann, Andreas G. Lämmel, Wolfgang Meckelburg, Hans Michelbach, Franz Obermeier, Rita Pawelski, Ulrich Petzold, Dr. Joachim Pfeiffer, Ronald Pofalla, Eckhardt Rehberg, Dr. Heinz Riesenhuber, Dr. Norbert Röttgen, Albert Rupprecht, Christian Freiherr von Stetten, Lena Strothmann, Andrea Astrid Voßhoff, Kai Wegner, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Dr. Ditmar Staffelt, Ludwig Stiegler, Dr. Rainer Wend, Ingrid Arndt-Brauer, Doris Barnett, Klaus Barthel, Dr. Axel Berg, Ute Berg, Petra Bierwirth, Lothar Binding (Heidelberg), Willi Brase, Edelgard Bulmahn, Ulla Burchardt, Martin Dörmann, Garrelt Duin, Rolf Hempelmann, Iris Hoffmann (Wismar), Ulrich Kelber, Dr. Bärbel Kofler, Ute Kumpf, Christian Lange (Backnang), Dirk Manzewski, Lothar Mark, Marko Mühlstein, Dr. Sascha Raabe, Walter Riester, Dr. Hermann Scheer, Olaf Scholz, Reinhard Schultz (Everswinkel), Dr. Martin Schwanholz, Dr. Rainer Tabillion, Jörg Tauss, Hans-Jürgen Uhl, Dr. Margit Wetzel, Andrea Wicklein, Engelbert Wistuba, Manfred Zöllmer, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Anstrengungen für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Welthandelsrunde mit höchster Priorität fortsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Für Deutschland als führende Exportnation ist ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Welthandelsrunde von vitalem Interesse. Jeder fünfte Arbeitsplatz und jeder dritte Industriearbeitsplatz hängt von der Exportwirtschaft ab. Die deutsche Wirtschaft ist international hervorragend aufgestellt und würde von einem erleichterten Zugang zu internationalen Märkten profitieren. Dies gilt insbesondere auch für kleine und mittelständische Unternehmen. Ein verbesserter Marktzugang sichert hierzulande Wachstumschancen und Arbeitsplätze.

Ebenso ist für die EU der Außenhandel eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung in den Mitgliedsländern. Als weltweit führende Wirtschaftsregion mit einem Anteil am gesamten Welthandel von über 20 Prozent hat die EU ein besonders starkes Interesse an Bedingungen, die den Welthandel fördern.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass nach Suspendierung der Doha-Runde nunmehr die ersten Schritte zur Wiederaufnahme der Verhandlungen gemacht worden sind. Der Deutsche Bundestag sieht damit eine Chance, dass die Doha-Runde zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden kann.

Das eröffnet auch die Möglichkeit, die bereits in Hongkong vereinbarten Fortschritte und Verhandlungsergebnisse, wie der zoll- und quotenfreie Zugang für die am wenigsten entwickelten Länder zu den Märkten der Industrie- und Schwellenländer, die Vereinbarung, Exportsubventionen der Industrieländer für landwirtschaftliche Produkte bis 2013 vollständig abzubauen, die Einigung bei TRIPS über erleichterten Zugang der Entwicklungsländer zu Präparaten gegen Massenepidemien oder eine stärker handelsbezogene Entwicklungshilfe („aid for trade“) zu sichern (siehe Bundestagsdrucksache 16/556). Die Ergebnisse der Ministerkonferenz sind eine belastbare Grundlage für weitere Verhandlungen. Die EU hat gerade im für Entwicklungsländer sensiblen Agrarbereich ein Angebot vorgelegt, das sich nochmals den Forderungen der G20 annähert. Die USA müssen in diesem Bereich weitergehende Angebote machen. Im Gegenzug erwarten wir, dass die großen Schwellenländer ihrerseits ihre Märkte für Industrieprodukte öffnen und verbesserte Dienstleistungsangebote vorlegen.

In Gesprächen von EU-Handelskommissar Mandelson mit der amerikanischen Seite wurde erfreulicherweise deutlich, dass das Weiße Haus und die US-Handelsbeauftragte an einem erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde innerhalb der Amtszeit von Präsident George W. Bush interessiert sind. Das Zeitfenster für eine Einigung ist jedoch sehr eng bemessen. Bereits im Frühjahr 2007 nimmt der US-Kongress die Beratungen für eine neue Farm-Bill auf. Im Mai 2007 wählt Frankreich einen neuen Präsidenten. Ende Juli 2007 läuft zudem die Handelsvollmacht des US-Präsidenten aus. Im Jahr 2008 ist in den USA Präsidentschaftswahlkampf. Damit ergibt sich ein Zeitfenster von Dezember 2006 bis März 2007. Um ein Verhandlungsergebnis zu ermöglichen, müssen die Verhandlungen schnellstmöglich wieder aufgenommen werden.

Deutschland muss bei der Wiederbelebung der Doha-Runde eine aktive Rolle übernehmen. Die EU-Ratspräsidentschaft und G8-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 bieten Deutschland die besondere Chance, für die Erhaltung und Stärkung des multilateralen Systems einzutreten.

Deutschland und die EU halten aus guten Gründen am multilateralen Handelssystem fest. Es bleibt dabei: Ein multilaterales Handelsregime ermöglicht allen Beteiligten die größten Wohlfahrtsgewinne und ist bis heute die beste Plattform für die Regelung von Streitigkeiten. Im Falle weiterer Verzögerungen oder gar des Scheiterns der Doha-Runde sollte die EU – wie sie es in der Kommissions-Mitteilung „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“ formuliert – bilaterale Abkommen anstreben. Dabei sollten sich alle Beteiligten im Klaren darüber sein, dass bilaterale Abkommen immer nur zweitbeste Lösungen darstellen. Solche Abkommen sollten allerdings mit dem Anspruch verbunden werden, über den aktuellen Stand der WTO-Vereinbarungen hinauszugehen und zum Beispiel zur Verabschiedung von Investitionsregeln führen, die bisher nicht multilateral verhandelbar sind.

Alle WTO-Beteiligten müssen sich nun einen Ruck geben, die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Dies ist auch im Interesse der Entwicklungsländer. Der Zugang zu internationalen Märkten für Produkte aus Entwicklungsländern ist effektive Entwicklungspolitik. Wirtschaftliche und soziale Entwicklungschancen und Marktzugang dürfen keine gegensätzlichen Positionen sein. Daher sollte auch die „Everything But Arms“-Initiative der EU ausgebaut und, wie von der EU vorgeschlagen, von anderen Industrieländern und auch größeren Schwellenländern übernommen werden.

Bis heute differenziert die WTO ihre Mitgliedstaaten nicht im ausreichenden Umfang entsprechend ihres Entwicklungsniveaus. Dazu böte sich etwa eine Kategorisierung der Mitglieder gemäß der Empfehlungen des UN-Wirtschafts- und Sozialrates an. Gegenüber Entwicklungsländern ist darauf zu achten, dass der jeweilige Entwicklungsstand berücksichtigt und ärmere Entwicklungsländer angemessene Schutzmöglichkeiten für ihre Ernährungssicherheit und im Aufbau befindliche Dienstleistungs- und Industriezweige erhalten. Dem Vorbild der „Everything But Arms"-Initiative der EU folgend, könnten sich entwickelnde Staaten sukzessive stärker in die WTO eingebunden und in angemessenen Schritten an den internationalen Wettbewerb herangeführt werden.

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern arbeiten Menschen unter unzumutbaren und unwürdigen Bedingungen. Betroffen hiervon sind viele Frauen und immer noch Kinder. Teilweise sind diese Arbeitsplätze zwar ein relativer Fortschritt für die Menschen im Vergleich zu ihren sonstigen Arbeitsmöglichkeiten. Dennoch lehnen wir diese unmenschlichen Produktionsweisen, die klar gegen die elementaren Kernarbeitsnormen der ILO verstoßen, ab. Zudem nutzen einige Mitgliedstaaten derartige Produktionsmethoden, um sich auf diesem Weg Kosten- und damit Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. China hat beispielsweise bisher nur vier von acht ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert. Wir wollen einen fairen Wettbewerb unter gleichen Wettbewerbsbedingungen mit den anderen Mitgliedstaaten, der nicht auf Kosten der Arbeitnehmer stattfindet.

Die EU und Deutschland streben einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde, eine faire Liberalisierung des Welthandels und eine Stärkung der WTO an. Sie stellt einen wichtigen Pfeiler der multilateralen Weltordnung dar. Diese zu fördern und zu erweitern, liegt in Deutschlands Interesse. Es ist entscheidend, Schwellenländer wie China effektiv in regelsetzende Regime, die für alle Mitglieder Gültigkeit besitzen, einzubinden. Dazu gehört auch die Verpflichtung zur Einhaltung von geistigen Eigentumsrechten. Nach wie vor werden weltweit geistige Eigentumsrechte missachtet. Obwohl das TRIPS-Übereinkommen alle WTO-Mitgliedstaaten zur Einhaltung von Eigentumsrechten aus Patenten, Urheberrechten und Warenzeichen verpflichtet, gibt es vielfach internationalen Missbrauch. Diese Produktpiraterie führt bei der deutschen Industrie- und Dienstleistungswirtschaft zu Milliardenverlusten.

Viele Staaten, die über gesetzliche Regelungen verfügen, verfolgen Verletzungen der geistigen Eigentumsrechte im eigenen Land nicht konsequent bzw. werden nicht ausreichend präventiv tätig. Die WTO ist ein wichtiger Schritt zu einer allgemeingültigen Kodifizierung des internationalen Handels. Sie stellt damit auch ein gelungenes Beispiel für eine gemeinsame Regelung einer internationalen Herausforderung dar, die nicht effizient im Rahmen jeweils nationaler Politik gelöst werden könnte. Damit ist die WTO ein Vorreiter im Bereich von Global Governance. Insbesondere der Streitbeilegungsmechanismus der WTO stellt eine wichtige Errungenschaft dar und muss noch wirkungsvoller ausgestaltet werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– ihren Einfluss geltend zu machen, die Doha-Runde als Entwicklungsrunde mit dem Ziel wieder zu beleben, zu einem abschließenden Abkommen zu gelangen, das die bisher erreichten Ergebnisse von Hongkong sichert und die Umsetzung der Vereinbarungen von Doha anstrebt. Die EU muss zu diesem Zweck ihre Gespräche mit den Schlüsselpartnern USA, China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika intensivieren. In den Gesprächen mit der amerikanischen Regierung ist insbesondere auf den Abbau interner Agrarsubventionen zu drängen. Im Zuge der Gespräche mit der brasilianischen und indischen Regierung gilt es, im Bereich des Marktzugangs für Industriegüter auf einen Kompromiss hinzuwirken. Die Verhandlungsspielräume beim

Marktzugang und bei Exporthemmnissen sind gemäß den Luxemburger Beschlüssen vom Sommer 2003 auszuschöpfen;

– die EU-Ratspräsidentschaft und G8-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 zu nutzen, um den Abschluss der Doha-Welthandelsrunde zu forcieren und die Stärke des WTO-Streitbeilegungsmechanismus zu garantieren;

– EU-Handelskommissar Peter Mandelson bei seinen Konsultationen mit den anderen wichtigen Mitgliedstaaten der WTO zu unterstützen und die Verhandlungen schnellstmöglich wieder in Gang zu bringen;

– die EU-Kommission zu bestärken, im Falle fehlenden Fortschritts bei der Doha-Runde, auf der Grundlage der Kommissions-Mitteilung „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“, Verhandlungen über bilaterale Handelsabkommen parallel zu den multilateralen WTO-Verhandlungen aufzunehmen;

– die EU-Kommission in ihren Bestrebungen zu unterstützen, insbesondere auch WTO-Mitgliedsländer wie China und Thailand stärker als bisher zur Einhaltung der geistigen Eigentumsrechte zu drängen und – wenn nicht anders möglich – ein WTO-Streitbeilegungsverfahren einzuleiten;

– stärker auf die vereinbarte Etablierung des „Standing Forum“ zu Arbeits- und Sozialstandards zwischen WTO, IAO, UNCTAD, Weltbank, IWF und anderen internationalen Organisationen zu drängen sowie bei der Fortentwicklung der multilateralen Welthandelsregeln internationale Arbeits- und Sozialstandards, wie die ILO-Kernarbeitsnormen, angemessen zu berücksichtigen und Schritt für Schritt die Behandlung von Umweltstandards innerhalb der WTO-Regularien anzustreben;

– die EU-Kommission in ihrem Ansinnen zu unterstützen, differenzierte und am Entwicklungsstand orientierte Regelungen für Entwicklungsländer zu vereinbaren;

– bei den weiteren Verhandlungen deutlich zu machen, dass nur ein multilaterales Handelsabkommen, das die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigt, zu nachhaltigen Wohlfahrtsgewinnen für Entwicklungs- und Industrieländer beiträgt.

Berlin, den 13. Dezember 2006

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333